



Balingen 10.01.2012

**FDP-Fraktion
im Balinger Gemeinderat**

Dr. Dietmar Foth
Hegenwettengasse 16/1
72336 Balingen
07433/23241 p.; 0711/212-3112 g.

Gemeinderatssitzung 24.01.2012

Haushaltsvorberatung

Antrag der FDP-Fraktion

Wir beantragen zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat für das Jahr 2012 einen **Haushaltsplan-Entwurf ohne Nettoneuverschuldung** bei gleichzeitigem Verzicht auf eine Kapitalentnahme bei den Stadtwerken zugunsten des städtischen Haushalts **vorzulegen**.

Die Vorberatungen zum Haushaltsplan-Entwurf werden erst nach Vorlage eines entsprechenden Entwurfs fortgesetzt.

Begründung:

Der vom Oberbürgermeister in der Dezembersitzung eingebrachte Haushaltsplan-Entwurf sieht eine Nettoneuverschuldung von 1,65 Millionen Euro vor. Zudem ist, um die Nettoneuverschuldung auf diesen Betrag zu begrenzen, eine Kapitalentnahme bei den Stadtwerken in Höhe von 1 Million Euro vorgesehen, die nach Abzug der anfallenden Steuern mit 850.000 Euro im städtischen Haushalt angesetzt ist. Tatsächlich ist also ohne die „Beschönigungsbuchung“ eine Nettoneuverschuldung von 2,5 Millionen Euro nach Plan gegeben.

Die Schulden der Stadt Balingen sind seit Ende 2006 von 5,5 Millionen Euro auf über 30 Millionen Euro zum 31.12.2011 (30,14 Millionen Euro) gestiegen. Nach der vom Oberbürgermeister vorgelegten Finanzplanung wird der Schuldenstand Ende 2012 auf 31,79 Millionen Euro, Ende 2013 auf 34,24 Millionen und Ende 2014 auf 33,33 Millionen gestiegen sein, jeweils berechnet auf der von der Verwaltung angenommenen Basis gleichbleibend hoher Einnahmen. Seit 2007 ist der Schuldenstand enorm angewachsen; nur untergeordnet (in Höhe von ca. 5 Millionen Euro) ist Ursache dafür die Sanierung und Erweiterung der Stadthalle.

Angesichts einer Konjunktur auf Hochtouren und sprudelnder Einnahmequellen ist eine weitere Verschuldung nach unserer Überzeugung unverantwortlich. Zeiten hoher Steuereinnahmen müssen zum Schuldenabbau benutzt werden, jedenfalls verbietet sich eine Erhöhung der Verschuldung. Eine solche verbietet sich insbesondere vor dem Hintergrund von erforderlichen Investitionen in der Größenordnung von 10 bis 20 Millionen Euro in die Realschule (Schulzentrum Längenfeld), wie dies im Dezember seitens der Verwaltung offenbart worden ist. Dafür ist in den Finanzplanungen noch kein Euro angesetzt. Seit dem Jahr 2007 lebt die Stadt in zunehmender Weise über ihre Verhältnisse. Als ein Beispiel sei genannt das beitragsfreie Kindergartenjahr. Diese war vom ersten Tag an – und ist es bis heute – in vollem Umfang finanziert durch Schuldenaufnahme. Auch wenn ca. ein Drittel des jetzigen Schuldenstandes durch die Konjunkturkrise und die Steuerausfälle der Jahre 2009 und 2010 verursacht ist, die so alle überraschend trafen, ist es trotzdem (oder gerade deshalb) jetzt dringend angesagt, mit dem Schuldenabbau zu beginnen, eine weitere Neuverschuldung zu stoppen. Die Steuereinnahmen werden nicht dauerhaft auf dem Niveau 2011 und 2012 bleiben.

In der letztjährigen Haushaltsdebatte hat die CDU-Fraktion betont, dass die Schuldenobergrenze 30 Millionen Euro nicht überschreiten dürfe. Die Fraktion der Freien Wähler hat gefordert, nicht nur die rapide Neuverschuldung zu begrenzen, sondern das Schuldenniveau möglichst bald abzusenken. Die Fraktion der Grünen hat bei einem „Weiter-so“-Kurs die Ablehnung des Haushaltsplans schon vor einem Jahr für dieses Jahr angekündigt.

Es ist daher jetzt an der Zeit, die Verwaltung in die Pflicht zu nehmen. Es ist Aufgabe des Gemeinderats, die Vorgabe zu machen: Diese muss unseres Erachtens (mindestens) lauten: **keine Nettoneuverschuldung bei gleichzeitigem Verzicht auf die Kapitalentnahme bei den Stadtwerken** (, die nur zu einer Umschuldung von einer Tasche in die andere bei gleichzeitigem Steueranfall von 150.000 Euro führt). Wir sollten der Verwaltung aufgeben, einen entsprechenden Planentwurf vorzulegen. Es ist nicht Aufgabe des Gemeinderats, durch konkrete Streichungen den Entwurf der Verwaltung auf dieses Maß zu kürzen. Diesen „Schwarzen Peter“ können und dürfen wir, der Gemeinderat, uns nicht zuschieben lassen. Insbesondere ist die Verwaltung auch viel besser in der Lage, konkret abzuschätzen, wo gekürzt, wo zeitlich geschoben, wo ohnehin 2012 nicht im angesetzten Umfang realisiert werden kann. Wir sind bereit, an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt angepasste Standardreduzierungen - sowohl bei Baumaßnahmen als auch bei Dienstleistungen - und zeitlichen Aufschub nicht unabweisbar dringlicher Maßnahmen mitzutragen und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber zu vertreten. Wir sehen es aber als Aufgabe der Verwaltung an, diese Möglichkeiten aufzuzeigen und vorzuschlagen.

Erst wenn von der Verwaltung ein Entwurf entsprechend dem Beschlussantrag vorgelegt wird, kann detailliert debattiert werden. Sollten dann vom Gemeinderat Mehraufwendungen beschlossen werden, trägt er auch die Verantwortung.

Wir, die FDP-Fraktion, kündigen bereits jetzt an, dass wir einem Haushaltsplanentwurf mit Nettoneuverschuldung und/oder Kapitalentnahme bei den Stadtwerken in der jetzigen wirtschaftlichen Situation nicht zustimmen werden.

Dr. Dietmar Foth

Fraktionsvorsitzender